

Vorlage

der Berichterstatter

an den Haushalts- und Finanzausschuss



Haushaltsgesetz 2001

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksachen 13/400, 13/62 und 13/750

Einzelplan 03 - Innenministerium

Vorlage 13/292

Bericht über das Ergebnis des Berichterstattergesprächs über den Einzelplan 03 gemäß 28 Abs. 1 in Verbindung mit Nr. 6 der Anlage 3 zur Geschäftsordnung des Landtags

Hauptberichterstatter	Abgeordneter	Schittges	CDU
Berichterstatter/in	Abgeordneter	Groschek	SPD
	Abgeordneter	Dr. Wolf	F.D.P.
	Abgeordnete	Müller	Bündnis 90/Die Grünen

Das Ergebnis des Berichterstattergesprächs zum Einzelplan 03 ergibt sich aus dem als Anlage beigefügten Ergebnisvermerk.

Anlage

Ergebnisvermerk über das Berichterstattegespräch zum Einzelplan 03 (Haushaltsgesetz 2001)

1. Teilnehmer/Teilnehmerinnen

Abgeordneter Schittges	CDU
Abgeordneter Groschek	SPD
Abgeordneter Dr. Wolf	F.D.P.
LMR Sander	IM
LMR Huylmans	IM
RD Arians	IM
RD Lischinski	IM
RRin Menke	IM
RA Friedemann	IM
OAR Dürre	FM
ORR Fröhlecke	Landtagsverwaltung

2. Sachtitel

Kapitel 03 010 - Ministerium

Titel 531 30 - Kosten für Veröffentlichungen und Dokumentation

Der Gesamtansatz beträgt nunmehr 2.200.000 DM (s. S. 19 der 2. Ergänzungsvorlage - Vorlage 13/750). Die Mittel werden benötigt, um den Prozess zur Modernisierung von Regierung und Verwaltung fortzusetzen und zu intensivieren.

Der Schwerpunkt liegt bei der Binnenmodernisierung der staatlichen Verwaltung. Dazu zählen u. a. e-Government, ergebnisorientiertes Arbeiten, Kosten- und Leistungsrechnung, Benchmarking, Kundenbefragungen und Personalentwicklung. Die im Innenministerium eingerichtete Geschäftsstelle Verwaltungsmodernisierung arbeitet im Bereich Öffentlichkeitsarbeit bereits seit Anfang 2000 ressortübergreifend. Mit der beabsichtigten Einrichtung eines ressortübergreifenden Prozessmanagements (PM) müssen zusätzliche Aufgaben im Bereich Öffentlichkeitsarbeit, Wissensmanagement sowie Qualitätsmanagement wahrgenommen werden.

Im Einzelnen ist folgende Mittelverwendung vorgesehen:

a) Wissenschaftliche Beratung 700.000 DM

Implementierung größerer Modernisierungsprojekte (z. B. Wissensmanagement, Qualitätsmanagement).

b) Öffentlichkeitsarbeit

1.500.000 DM

In erster Linie geht es um Informationen nach innen, etwa durch Mitarbeiterzeitungen oder "VMimpulse" oder das Intranet. Auch die Darstellung der Veränderungen nach außen ist wichtig für die Information der "Kunden" sowie der Akzeptanz bei den "Kunden". Das IM unterstützt die Ressorts bei ihrer Öffentlichkeitsarbeit und leistet die Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf den Gesamtprozess der Verwaltungsmodernisierung. Dazu zählt auch die Organisation von Kundenforen und Werkstattgesprächen. Bei der Organisation von größeren Kongressen oder Symposien wird sich PM externer Hilfe bedienen. Die hierfür veranschlagten Mittel sind in der nachfolgenden Übersicht detailliert dargestellt.

Produkt	Auflage	Gesamtkosten p.a. in DM	Empfängerkreis
Zeitung VMimpulse erscheint 10 x p.a. (Mit PM erhöht sich der Rechercheaufwand sowie der Koordinationsaufwand, Erweiterung des Themenfeldes)	110.000	Ansatz GVM ohne PM: 300.000 mit PM: 330.000	Per Verteiler: alle MP und-Senatoren sowie IM und Innensenatoren bundesweit, komplette Landesregierung sowie Landesverwaltung NRW (mit Ausn. Schulen und Teilbereiche Justiz), alle Landtagsfraktionen, alle Kommunen NRW, Landschaftsverbände u.v.a; auf Anfrage (email, telefonisch, schriftlich): jedermann
Newsletter VMaktuell erscheint anlassbedingt / wird bei PM intensiver genutzt werden müssen	Unterschiedlich, orientiert an Zielgruppe der speziellen Nachricht	Ansatz GVM ohne PM: 10.000 mit PM: 30.000	Per Verteiler (orientiert an Zielgruppe)
Mitarbeiterzeitung innenkontakt erscheint alle 2 Monate		Ansatz GVM ohne PM: 70.000	Ausgaben für alle Mitarbeiter(innen) aller Bezirkeeregierungen in NRW, LDS und IM.
Newsletter imaktuell erscheint anlassbedingt	900	Ansatz GVM ohne PM: 20.000	Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Innenministeriums NRW
Broschüre Moderne Verwaltung erscheint 2-3 x p.a.	80.000	Ansatz GVM ohne PM: 140.000 mit PM: 210.000	Per Verteiler: alle IM und Innensenatoren bundesweit, komplette Landesverwaltung NRW (mit Ausn. Schulen und Teilbereiche Justiz), Landesverbände SPD, CDU, Bündnis 90 Die Grünen, FDP, alle Kommunen NRW, Landschaftsverbände u.v.a; auf Anfrage (email, telefonsich, schriftlich): jedermann
Broschüre VMprofil erscheint 2-3 x p.a.	5.000	Ansatz GVM ohne PM: 60.000 mit PM: 90.000	Per Verteiler: je nach Thema betroffener Personenkreis (z.B. Teilnehmer an Foren im Zusammenhang mit Verwaltungsmodernisierung); auf Anfrage (email, telefonsich, schriftlich): jedermann
Broschüre 'Die Landesverwaltung in NRW'	200.000 (ggf. mehr)	Ansatz GVM ohne PM: - mit PM: 150.000	Per Verteiler: alle MP und Senatoren sowie IM und Innensenatoren bundesweit, komplette Landesregierung sowie Landesverwaltung NRW (mit Ausn. Schulen und Teilbereiche Justiz), alle Landtagsfraktionen, alle Kommunen NRW (über die dortige Auslage wird der Bürger erreicht), Landschaftsverbände u.v.a; auf Anfrage (email, telefonisch, schriftlich): jedermann
Ausbau von www.moderne-verwaltung.nrw.de zu einem Modernisierungsportal der Landesverwaltung		Ansatz GVM ohne PM: 200.000 mit PM 300.000	jedermann
Kongresse, Symposien, Kundenforen, Werkstattgespräche		Ansatz GVM ohne PM: 200.000 mit PM 300.000	

Kapitel 03 110 - **Polizeibehörden und Polizeieinrichtungen des Landes Nordrhein-Westfalen**

Titel 514 30 - **Betrieb von Luftfahrzeugen (Hubschrauber)**

i.V.m.

Titel 811 30 - **Erwerb von Luftfahrzeugen im Inland**

Vor dem Hintergrund der sukzessiven Aussonderung der vorhandenen elf Hubschrauber der Polizei (neun Beobachtungshubschrauber vom Typ BO 105 und zwei mittlere Transporthubschrauber vom Typ BK 117) wurde eine Konzeption entwickelt, die die Beschaffung von drei einmotorigen Flugzeugen, drei Beobachtungshubschraubern und drei mittleren Transporthubschraubern bis zum Jahr 2011 als Ersatz für die vorhandenen elf Hubschrauber vorsieht. Bei der Erstellung dieser Konzeption sind neben den einsatztaktischen Erfordernissen auch Kostengesichtspunkte berücksichtigt worden.

Im Haushaltsjahr 1999 wurden in einem ersten Schritt zur Umsetzung dieser Konzeption zwei einmotorige Flugzeuge beschafft. Im Haushaltsjahr 2001 wird als nächster Schritt dieser Konzeption ein mittlerer Transporthubschrauber geliefert werden. Mit der 1. Ergänzungsvorlage zum Haushalt 2001 wurde der Ansatz in Höhe von 8.180.000 DM um weitere 3.000.000 DM auf 11.180.000 DM erhöht. Hintergrund ist die Tatsache, dass die Beschaffung von Hubschraubern in Abhängigkeit zum Dollarkurs steht, der seit Erstellung der Konzeption gegenüber der DM stark gestiegen ist.

Titel 536 40 - **Verkehrserziehung, kriminalpolizeiliche Beratung und Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt**

Haushaltsansatz und Zweckbestimmung sind gegenüber dem Vorjahr nicht verändert. Nach den Erläuterungen sind 100.000 DM verbindlich für die Prävention antischwuler und antilesbischer Gewalt vorgesehen.

Im Haushaltsjahr 2000 sind folgende Mittel zweckgebunden für Projekte einzelner Behörden zugewiesen worden:

- | | | |
|---|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|-----------|
| - | Umgang mit Opfern, einschließlich Opfer anti-schwuler Gewalt
Landrat Gütersloh | 10.000 DM |
| - | Präventionsprojekt gegen Schwulengewalt
Polizeipräsidium Köln
(Aufklärungsaktion in Kölner Szenekneipen) | 25.000 DM |

- **6. Deutscher Präventionstag** 10.000 DM
mit Beteiligung - Anteilsfinanzierung -
 - PP Düsseldorf im Arbeitskreis Vorbeugung und Sicherheit "Kriminalpräventiver Rat der Landeshauptstadt
Projektgruppe: Gewalt gegen Schwule und Lesben
 - Lesben- und Schwulenverband Deutschland
 - Arbeitskreis lesbischer und schwuler Polizei-Bediensteter

- **Fachkongress: Frauen als Gewaltopfer** 20.000 DM
mit Beteiligung - Anteilsfinanzierung -
 - Landesarbeitsgemeinschaft Lesben in NRW
 - Mäc Up - Streetwork- und Randgruppenarbeit

Polizeiausbildungsinstitute in Selm, Brühl, Linnich und Schloss Holte-Stukenbrock

Die Konsequenzen für die Polizeiausbildungsinstitute aus dem Ende der Einstellung von Anwärtern in den mittleren Polizeivollzugsdienst können noch nicht abschließend beurteilt werden. Ab dem kommenden Haushaltsjahr (2002) soll - als Konsequenz aus der Einführung der zweigeteilten Laufbahn in der Polizei - nur noch im gehobenen Polizeivollzugsdienst eingestellt werden. Die hiermit unter anderem verbundene Frage hinsichtlich der zukünftigen Verwendung der Liegenschaften und des Ausbildungspersonals sowie der Frage, ob es ein oder zwei Einstellungstermine im Jahr für die Anwärter des gehobenen Polizeivollzugsdienstes geben wird, wird zurzeit mit allen Beteiligten konstruktiv diskutiert. Weiterer Klärung bedarf auch die Frage, ob die Verpflichtung der Anwärter nach § 188 LBG NRW in der Gemeinschaftsunterkunft zu wohnen und an der Gemeinschaftsverpflegung teilzunehmen generell aufgehoben werden soll. Erste konzeptionelle Ansätze und Vorschläge werden voraussichtlich im Herbst 2001 vorliegen.

- Titel 812 20** - **Erwerb von Waffen und waffentechnischen Geräten, Einrichtung von Waffenmeistereien, technische Ausstattung der Schießstände, Anschaffung von Schießausbildungsgerät**
hier: Beschaffung von ballistischen Unterziehschutzwesten mit integriertem Stichschutz

Die Beschaffung der ballistischen Unterziehschutzwesten mit integriertem Stichschutz für alle Polizeibeamtinnen und -beamten ist finanziell gesichert. Nach Abschluss der zurzeit laufenden Trageversuche und nach Entscheidung über das - im Hinblick auf Schutzfunktion und Tragekomfort - optimale Modell wird das Ausschreibungsverfahren zügig eingeleitet.

Unabhängig hiervon sind bereits heute Vorkehrungen für gefährliche Einsätze im täglichen Dienst getroffen. In jedem Streifenwagen sind zwei Überziehschutzwesten vorhanden, die im Jahr 2000 mit einem zusätzlichen Stichschutz nachgerüstet wurden und im Bedarfsfall zur eigenen Sicherheit von den Beamtinnen bzw. Beamten angelegt werden können.

Sofern zukünftig eine Polizeibeamtin oder ein Polizeibeamter im Dienst verletzt werden sollte, weil die dienstlich zur Verfügung gestellten ballistischen Unterziehschutzweste mit integriertem Stichschutz nicht angelegt wurde, ist sichergestellt, dass Rechtsansprüche der Beamtin bzw. des Beamten nicht verkürzt werden.

Kapitel 03 710 - Feuerschutz und Abwehr von Großschadensereignissen

Titel 883 00 - Landeszuschüsse an Gemeinden (GV) zur Förderung des Feuerschutzes

1. Der von der Bezirksregierung gemeldete Mittelbedarf für das Jahr 2001 lässt sich wie folgt darstellen:

Mittelbedarf zur Ablösung von Verpflichtungsermächtigungen:	ca. 60,5 Mio. DM
Ausgabemittelbedarf für Neubewilligungen:	ca. 62,8 Mio. DM
Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen für 2002:	ca.106,4 Mio. DM
Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen für 2003:	ca. 74,7 Mio. DM
Bedarf an Verpflichtungsermächtigungen für 2004:	ca. 57,8 Mio. DM

In diesen Mitteln ist der Bedarf zur Förderung der FW Hagen-Ost und der FW Siegen noch nicht enthalten.

2. Nach der Datei der Zweckzuwendungen (bewilligte Maßnahmen) wurden die Mittel aus Kapitel 03 710 Titel 883 00 wie folgt den Kreisen (incl. kreisangehörigen Gemeinden) bzw. den kreisfreien Städten zur Verfügung gestellt:

Durchschnitt der Jahre	Anteil in % (gerundet)	
	Kreisfreie Städte	Kreise
1990 - 1999	28,4	71,6
1991 - 1999	28,3	71,7
1992 - 1999	27,2	72,8
1993 - 1999	27,6	72,4
1994 - 1999	25,4	74,6
1995 - 1999	24,5	75,5
1996 - 1999	24,4	75,6
1997 - 1999	25,0	75,0
1998 - 1999	24,3	75,7
1999	22,2	77,8.

Ausreichende Daten für im Jahr 2000 erfolgte Bewilligungen liegen noch nicht vor.

Schittges
(Hauptberichterstatter)

Groschek
(Berichterstatter)

Dr. Wolf
(Berichterstatter)